

# HAMBURGISCHES GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT

## TEIL I

Nr. 54	MITTWOCH, DEN 12. NOVEMBER	1997
Tag	Inhalt	Seite
4. 11. 1997	<b>Gesetz zur Reform der Bezirksverwaltung</b> .....	489
4. 11. 1997	<b>Gesetz über die Zustimmung der Bezirksversammlungen zur Änderung, Ergänzung und Aufhebung von Gesetzen über Bebauungs- und Landschaftspläne</b> .....	494
—	Berichtigung .....	515

### Gesetz zur Reform der Bezirksverwaltung

Vom 4. November 1997

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft beschlossene Gesetz:

#### Artikel 1

##### Gesetz zur Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes

Das Bezirksverwaltungsgesetz in der Fassung vom 11. Juni 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 206) wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
  - 1.1. Die Überschrift zu Teil III erhält folgende Fassung:  
„Teil III Bezirksversammlung“.
  - 1.2. Die Überschrift des § 7 erhält folgende Fassung:  
„§ 7 Aufgabe, Mitgliederzahl und Amtsdauer“.
  - 1.3. Die Überschrift des § 13 erhält folgende Fassung:  
„§ 13 Akteneinsicht, Anfragen“.
  - 1.4. Die Überschrift zu Teil IV erhält folgende Fassung:  
„Teil IV Befugnisse der Bezirksversammlung“.
  - 1.5. Die Überschrift des § 17 erhält folgende Fassung:  
„§ 17 Grenzen der Befugnisse“.
  - 1.6. Hinter § 22 wird § 22a mit der Überschrift „§ 22a Zusammensetzung der Ausschüsse“ eingefügt.
  - 1.7. Die Überschrift des § 26 erhält folgende Fassung:  
„§ 26 Wahl, Bestellung und Abberufung“.
2. § 2 wird wie folgt geändert:
  - 2.1. Absatz 2 erhält folgende Fassung:  
„Die Grenzen der Bezirke bestimmt das Gesetz.“
  - 2.2. Absatz 3 erhält folgende Fassung:  
„(3) Für jeden Bezirk wird ein Bezirksamt eingerichtet.“
3. § 3 wird wie folgt geändert:
  - 3.1. Absatz 1 erhält folgende Fassung:  
„(1) Die Bezirksamter führen selbständig Bezirksaufgaben durch. Bezirksaufgaben sind diejenigen Aufgaben der Verwaltung, die nicht wegen ihrer übergeordneten Bedeutung oder ihrer Eigenart einer einheitlichen Durchführung bedürfen. Solche Aufgaben werden vom Senat selbst wahrgenommen oder auf die Fachbehörden übertragen. Die Abgrenzung erfolgt abschließend durch den Senat.“
  - 3.2. Absatz 2 und Absatz 4 werden gestrichen. Der bisherige Absatz 3 wird zu Absatz 2.
4. § 5 wird wie folgt geändert:
  - 4.1. Absatz 1 erhält folgende Fassung:  
„(1) Der Senat führt die Aufsicht über die Bezirksamter. Auch soweit ein Bezirksamt zuständig ist, kann der Senat allgemein und im Einzelfall Weisungen erteilen und Angelegenheiten selbst erledigen sowie

- die Erledigung in diesen Fällen den Fachbehörden oder Senatsämtern übertragen.“
- 4.2. Absatz 3 Satz 3 wird gestrichen.
5. § 6 wird wie folgt geändert:
- 5.1. In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „Die Präses der zuständigen Fachbehörden oder Senatsämter erlassen“ durch die Wörter „Der Senat erläßt“ ersetzt.
- 5.2. Es wird der folgende Absatz 6 angefügt:
- „(6) Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Bezirksamt und der zuständigen Fachbehörde über die Auslegung der Globalrichtlinien entscheidet der Senat.“
6. Die Überschrift zu Teil III wird wie folgt geändert:  
Die Wörter „Mitwirkung der Bevölkerung“ werden durch das Wort „Bezirksversammlung“ ersetzt.
7. § 7 wird wie folgt geändert:
- 7.1. Die Überschrift erhält folgende Fassung:  
„Aufgabe, Mitgliederzahl und Amtsdauer“.
- 7.2. Absatz 1 erhält folgende Fassung:  
„(1) Die Bevölkerung wirkt insbesondere durch die Bezirksversammlung an den Angelegenheiten des Bezirks und den Aufgaben des Bezirksamtes mit.“
- 7.3. Absatz 3 erhält folgende Fassung:  
„(3) Die Amtsdauer der Bezirksversammlung beträgt vier Jahre. Sie endet spätestens mit Ablauf der Wahlperiode der Hamburgischen Bürgerschaft.“
8. § 8 Absatz 5 wird gestrichen.
9. § 11 wird wie folgt geändert:  
Absatz 3 Satz 2 erhält folgende Fassung:  
„Soweit die Geschäftsordnung den in § 17 genannten Vorschriften widerspricht, hat die Bezirksamtsleiterin bzw. der Bezirksamtsleiter sie nach Maßgabe des § 18 zu beanstanden.“
10. § 13 wird wie folgt geändert:
- 10.1. Die Überschrift erhält die Fassung:  
„Akteneinsicht, Anfragen“.
- 10.2. Absatz 1 erhält folgende Fassung:  
„(1) Auf Verlangen eines Fünftels der Mitglieder der Bezirksversammlung und auf Verlangen eines Ausschusses hat das Bezirksamt den Mitgliedern der Bezirksversammlung bzw. den Mitgliedern eines ihrer Ausschüsse Einsicht in seine Akten zu gewähren.“
- 10.3. Es wird folgender Absatz 5 angefügt:  
„(5) Die Mitglieder der Bezirksversammlung sind berechtigt, in Bezirksangelegenheiten Anfragen an die Bezirksamtsleiterin bzw. den Bezirksamtsleiter zu richten. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung.“
11. Die Überschrift zu Teil IV wird wie folgt geändert:  
Die Wörter „Mitwirkung der Bezirksversammlung“ werden durch die Wörter „Befugnisse der Bezirksversammlung“ ersetzt.
12. § 15 erhält folgende Fassung:  
„(1) Die Bezirksversammlung regt Verwaltungshandeln an, kontrolliert die Führung der Geschäfte des Bezirksamtes, entscheidet in den ihr vorbehaltenen Angelegenheiten und nimmt die in diesem Gesetz vorgesehenen Wahlen vor.“
- (2) Das Bezirksamt unterrichtet die Bezirksversammlung laufend über die Führung der Geschäfte und die künftigen Vorhaben. Die Bezirksversammlung kann über alle Angelegenheiten des Bezirksamtes jederzeit Auskünfte verlangen. Sie kann durch Empfehlungen Verwaltungshandeln anregen. Das Bezirksamt setzt die Empfehlung um, wenn es sie nicht nach Maßgabe des § 18 beanstandet. Es bringt der Bezirksversammlung unverzüglich die aufgrund der Empfehlung durchgeführten Maßnahmen zur Kenntnis.
- (3) Die Bezirksversammlung behandelt Eingaben, soweit sie Bezirksaufgaben betreffen, nach Maßgabe ihrer Geschäftsordnung. Der Entscheidung der Bezirksversammlung leistet das Bezirksamt Folge, soweit es sie nicht nach Maßgabe des § 18 beanstandet.
- (4) In allen Angelegenheiten, die für den Bezirk von Bedeutung sind, deren Erledigung aber nicht in die bezirkliche Zuständigkeit fällt, kann die Bezirksversammlung Empfehlungen aussprechen; dazu können die Bezirksversammlung oder ihre Ausschüsse von den zuständigen Stellen die erforderlichen Auskünfte verlangen. Das Bezirksamt setzt sich bei den zuständigen Stellen für die Verwirklichung der Empfehlung ein und unterrichtet die Bezirksversammlung über das Ergebnis.“
13. § 16 wird wie folgt geändert:
- 13.1. Absätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:  
„(1) Die Bezirksversammlung wählt die Bezirksamtsleiterin bzw. den Bezirksamtsleiter nach Maßgabe des § 26.  
(2) Die Bezirksversammlung wirkt bei der Bauleitplanung und der Landschaftsplanung mit. Die Vorschriften des Bauleitplanfeststellungsgesetzes, der Hamburgischen Bauordnung und des Hamburgischen Naturschutzgesetzes gelten ergänzend.“
- 13.2. Die bisherigen Absätze 1 bis 4 werden zu Absätzen 3 bis 6.
- 13.3. In Absatz 3 wird folgende Ziffer 3 angefügt:  
„3. über die Verwendung der Sondermittel des Bezirksamtes.“
14. § 17 wird wie folgt geändert:
- 14.1. Die Überschrift erhält folgende Fassung:  
„Grenzen der Befugnisse“.
- 14.2. Der Wortlaut erhält folgende Fassung:  
„Die Befugnisse der Bezirksversammlung werden begrenzt durch Gesetze und Verordnungen, den Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg, Globalrichtlinien nach § 6, Zuständigkeitsanordnungen und sonstige Entscheidungen des Senats sowie durch allgemeine Verwaltungsvorschriften und Einzelweisungen gemäß § 5 Absatz 4.“
15. § 18 wird wie folgt geändert:
- 15.1. In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „die von § 16 erfaßten Beschlüsse“ durch die Wörter „die Beschlüsse der Bezirksversammlung“ ersetzt.
- 15.2. In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „In den Fällen des Absatzes 1 hat die Beanstandung“ durch die Wörter „Die Beanstandung hat“ ersetzt.

- 15.3. Absatz 3 erhält folgende Fassung:  
 „(3) Hebt der Senat einen beanstandeten Beschluß der Bezirksversammlung auf, so unterrichtet er die Bürgerschaft unter Angabe der maßgeblichen Gründe von der Aufhebung.“
16. § 19 wird wie folgt geändert:  
 16.1. Absatz 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:  
 „Der Senat kann vorläufige Regelungen treffen.“  
 16.2. In Absatz 2 wird folgender Satz 4 angefügt:  
 „Hilft der Senat dem Einspruch nicht ab, so unterrichtet er die Bürgerschaft unter Angabe der maßgeblichen Gründe von seiner Entscheidung.“
17. § 21 Absatz 1 erhält folgende Fassung:  
 „(1) Die Bezirksversammlung kann für bestimmte Fachaufgaben Fachausschüsse einsetzen. Zur Vorbereitung einzelner Beschlüsse und zur Prüfung einzelner Anträge und Beschwerden kann die Bezirksversammlung Sonderausschüsse einsetzen.“
18. § 22 wird wie folgt geändert:  
 18.1. Absatz 2 erhält folgende Fassung:  
 „(2) Die Regionalausschüsse können sich mit den Angelegenheiten beratend befassen, die der Mitwirkung der Bezirksversammlung unterliegen und örtliche Interessen in besonderem Maße betreffen.“  
 18.2. Absatz 4 erhält folgende Fassung:  
 „(4) Die Bezirksversammlung kann die ihrer Mitwirkung nach § 15 unterliegenden Angelegenheiten an die Regionalausschüsse zur abschließenden Beratung überweisen; dies gilt nicht für Angelegenheiten, für die gesetzlich die alleinige Zuständigkeit der Bezirksversammlung festgelegt ist.“  
 18.3. Absatz 6 erhält folgende Fassung:  
 „(6) Die Regionalausschüsse können Unterausschüsse einsetzen.“
19. Hinter § 22 wird folgender § 22 a eingefügt:  
 „§ 22 a Zusammensetzung der Ausschüsse  
 (1) Die Sitze in den Ausschüssen der Bezirksversammlung werden auf die Fraktionen im Verhältnis ihrer Stärke (nach Hare-Niemeyer) verteilt.  
 (2) Jede Fraktion der Bezirksversammlung kann beanspruchen, in jedem Ausschuß mit mindestens einem Sitz vertreten zu sein (Grundmandat). Die Mehrheitsverhältnisse der Bezirksversammlung können in den Ausschüssen durch zusätzliche Mitglieder wiederhergestellt werden (Ausgleichsmandat). Fraktionslose Mitglieder können dem vorsitzenden Mitglied zwei Ausschüsse nennen, in denen sie ständig mitarbeiten können.“
20. § 23 wird wie folgt geändert:  
 20.1. Absatz 3 erhält folgende Fassung:  
 „(3) Für die Mitglieder der Fachausschüsse, Sonderausschüsse, Regionalausschüsse und Unterausschüsse können ständige Vertreterinnen bzw. Vertreter bestellt werden, die die Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllen. Die Anzahl der ständigen Vertreterinnen und Vertreter wird in der Geschäftsordnung der Bezirksversammlung geregelt; sie darf die Anzahl der ordentlichen Mitglieder nicht überschreiten. Die ständigen Vertreterinnen und Vertreter nehmen an den Sitzungen des Ausschusses, für den sie bestellt sind, mit beratender Stimme teil, sofern sie nicht im Einzelfall ein ordentliches Mitglied vertreten. Die Mitglieder des Hauptausschusses können sich nur durch Mitglieder ihrer Fraktion vertreten lassen.“
- 20.2. Absatz 4 erhält folgende Fassung:  
 „(4) § 8 Absätze 2 und 4, § 9 und § 13 Absatz 5 gelten entsprechend.“
21. § 24 erhält folgende Fassung:  
 „Angelegenheiten sollen nur in jeweils einen Ausschuß überwiesen und nur dort behandelt werden. Ausnahmen sind insbesondere dann zulässig, wenn der Haushaltsausschuß, der Jugendhilfeausschuß oder die Regionalausschüsse beteiligt werden. Die Überweisung erfolgt durch die Bezirksversammlung, in dringenden Fällen durch ihr vorsitzendes Mitglied.“
22. § 25 wird wie folgt geändert:  
 Absatz 2 Sätze 2 und 3 werden zu einem Satz 2 mit folgendem Wortlaut zusammengefaßt:  
 „Sie bzw. er leitet die Verwaltung des Bezirksamtes, führt die Beschlüsse der Bezirksversammlung aus, nimmt die Befugnisse nach § 6 Absatz 1 Satz 1 und § 27 Absatz 4 Satz 1 und die in diesem Gesetz begründeten Pflichten des Bezirksamtes gegenüber der Bezirksversammlung wahr.“
23. § 26 wird wie folgt geändert:  
 23.1. Die Überschrift erhält folgende Fassung:  
 „Wahl, Bestellung und Abberufung“.  
 23.2. § 26 erhält folgende Fassung:  
 „(1) Die Bezirksamtsleiterin bzw. der Bezirksamtsleiter wird von der Bezirksversammlung mit der Mehrheit ihrer Mitglieder durch Wahl vorgeschlagen. Vor Beendigung ihrer bzw. seiner Amtszeit kann die Bezirksversammlung der Bezirksamtsleiterin bzw. dem Bezirksamtsleiter das Mißtrauen nur dadurch aussprechen, daß sie eine Nachfolgerin bzw. einen Nachfolger wählt.  
 (2) Der Senat schreibt die Stelle öffentlich aus. Von einer Ausschreibung kann abgesehen werden, wenn die Bezirksversammlung dies mit der Mehrheit ihrer Mitglieder beschließt. An dem Auswahlverfahren sind die hierfür von den Fraktionen der Bezirksversammlung benannten Mitglieder zu beteiligen. Jede Fraktion kann nur ein Mitglied benennen.  
 (3) Die Mitglieder der Bezirksversammlung und der Senat können der Bezirksversammlung Wahlvorschläge unterbreiten. Die Wahl soll drei Monate vor Ablauf der Amtszeit der Amtsinhaberin bzw. des Amtsinhabers erfolgen.  
 (4) Nach ihrer bzw. seiner Wahl wird die Bezirksamtsleiterin bzw. der Bezirksamtsleiter vom Senat auf sechs Jahre bestellt. Sie bzw. er wird bei Ende ihrer bzw. seiner Amtszeit oder bei Wahl einer Nachfolgerin bzw. eines Nachfolgers nach Absatz 1 Satz 2 vom Senat abberufen.  
 (5) Nach Beendigung der Amtszeit nimmt die Vertreterin bzw. der Vertreter der Bezirksamtsleiterin bzw. des Bezirksamtsleiters die Geschäfte bis zur Bestellung einer neuen Bezirksamtsleiterin bzw. eines neuen Bezirksamtsleiters wahr.“
24. § 27 wird wie folgt geändert:  
 In Absatz 2 wird die Textstelle „In den Einzelplänen der Bezirksamter werden jeweils gegliedert nach Aufgabenbe-

reichen veranschlagt“ durch die Textstelle „In den Einzelplänen der Bezirksämter werden die Sondermittel des Bezirks sowie, jeweils gegliedert nach Aufgabenbereichen, veranschlagt“ ersetzt.

25. § 28 wird wie folgt geändert:

25.1. Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die Verwendung der Sondermittel unterliegt allein der Beschlußfassung durch die Bezirksversammlung.“

25.2. Der bisherige Absatz 3 wird zu Absatz 4.

## Artikel 2

### Viertes Gesetz zur Änderung des Bauleitplanfeststellungsgesetzes

Das Gesetz über die Feststellung von Bauleitplänen und ihre Sicherung (Bauleitplanfeststellungsgesetz) in der Fassung vom 4. April 1978 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 89), zuletzt geändert am 11. Juni 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 212), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

§ 1 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger nach § 3 Absatz 1 BauGB führt das Bezirksamt durch seine Bezirksversammlung durch; diese entscheidet auch, ob nach § 2 Absatz 2 des BauGB-MaßnahmenG von der Anwendung des § 3 Absatz 1 BauGB abgesehen wird.“

2. § 3 wird wie folgt geändert:

2.1. Absätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„(1) Bebauungspläne nach §§ 8 bis 13 BauGB und Vorhaben- und Erschließungspläne nach § 7 BauGB-MaßnahmenG werden durch Rechtsverordnung des Senats festgestellt, soweit sich aus diesem Gesetz nicht etwas anderes ergibt. Die Feststellung der Pläne durch Rechtsverordnung des Senats kann nur erfolgen, wenn die örtlich zuständige Bezirksversammlung dem Planentwurf zugestimmt hat.

(2) Die Bürgerschaft stellt Bebauungspläne und Vorhaben- und Erschließungspläne durch Gesetz fest, wenn

1. sie sich die Feststellung vorbehalten hat,
2. die örtlich zuständige Bezirksversammlung dem Planentwurf nicht zugestimmt hat,
3. der Senat ihr Entwürfe zur Feststellung vorlegt.

Der Senat legt den Planentwurf der Bürgerschaft zur Feststellung vor, wenn die örtlich zuständige Bezirksversammlung nicht binnen vier Monaten nach Vorlage des Entwurfes zur Abstimmung über ihre Zustimmung beschlossen hat.“

2.2. In Absatz 3 wird folgender Satz 2 angefügt:

„Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 gelten entsprechend.“

3. § 4 wird wie folgt geändert:

3.1. Absatz 2 wird aufgehoben; Absatz 1 wird zum einzigen Absatz des § 4.

3.2. In § 4 wird die Textstelle „tritt die Form der Rechtsverordnung des Senats.“ durch die Textstelle „tritt die Form der Rechtsverordnung des Senats, soweit sich aus diesem Gesetz nicht etwas anderes ergibt.“ ersetzt.

3.3. In § 4 wird ein neuer Satz 2 mit folgendem Wortlaut angefügt:

„Für den Erlaß von Veränderungssperren nach § 16 Absatz 1 BauGB, Erhaltungsverordnungen nach § 172 Absatz 1 Satz 1 BauGB und Verordnungen nach § 34 Absatz 4 BauGB sowie § 4 BauGB-MaßnahmenG gelten § 3 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 entsprechend.“

4. § 6 wird wie folgt geändert:

4.1. § 6 Absätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„(1) Der Senat wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Befugnisse nach § 1 Absatz 1 mit Ausnahme des Beschlusses über die Aufstellung des Flächennutzungsplanes auf die Bezirksämter weiterzuübertragen. Der Senat wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Verordnungsermächtigung nach § 3 Absätze 1 und 3 für die Fälle auf die Bezirksämter weiterzuübertragen, in denen die örtlich zuständigen Bezirksversammlungen den Planentwürfen zugestimmt haben. Bebauungspläne und Vorhaben- und Erschließungspläne bedürfen in diesen Fällen vor ihrer Feststellung durch das Bezirksamt der Genehmigung der zuständigen Behörde.

(2) Der Senat wird ermächtigt, die Bezirksämter durch Rechtsverordnung für die Fälle zum Erlaß der in § 4 Satz 2 genannten Verordnungen zu ermächtigen, in denen die örtlich zuständigen Bezirksversammlungen den Verordnungsentwürfen zugestimmt haben. Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend.“

4.2. Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.

5. § 7 wird wie folgt geändert:

In Satz 3 wird die Textstelle „§ 4 Absatz 2 Satz 1 Nummern 1 bis 3“ durch die Textstelle „§ 4 Satz 2“ ersetzt.

## Artikel 3

### Sechstes Gesetz zur Änderung der Hamburgischen Bauordnung

Die Hamburgische Bauordnung vom 1. Juli 1986 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 183), zuletzt geändert am 11. Juni 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 213), wird wie folgt geändert:

§ 81 wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:

„soweit sich aus Absatz 14 nicht etwas anderes ergibt.“

2. In Absatz 9 Satz 1 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:

„soweit sich aus Absatz 14 nicht etwas anderes ergibt.“

3. Absatz 14 erhält folgende Fassung:

„(14) Die Bürgerschaft beschließt Vorschriften nach Absatz 1 Nummer 6 und Absatz 9 durch Gesetz, wenn die örtlich zuständige Bezirksversammlung dem Verordnungsentwurf nicht zugestimmt oder nicht binnen vier Monaten nach Vorlage des Entwurfes zur Abstimmung über ihre Zustimmung entschieden hat. Der Senat wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Verordnungsermächtigung nach Absatz 1 Nummer 6 und Absatz 9 für die Fälle auf die Bezirksämter zu übertragen, in denen die örtlich zuständigen Bezirksversammlungen den Verordnungsentwürfen zugestimmt haben. Die Verordnungen bedürfen in diesen Fällen vor ihrem Erlaß durch das Bezirksamt der Genehmigung der zuständigen Behörde.“

## Artikel 4

## Drittes Gesetz

## zur Änderung des Hamburgischen Naturschutzgesetzes

Das Hamburgische Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Hamburgisches Naturschutzgesetz) vom 2. Juli 1981 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 167), zuletzt geändert am 11. Juni 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 213), wird wie folgt geändert:

## 1. § 7 wird wie folgt geändert:

## 1.1. Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Der Senat wird ermächtigt, Landschaftspläne durch Rechtsverordnung festzustellen, soweit sich aus diesem Gesetz nicht etwas anderes ergibt. Die Feststellung der Landschaftspläne durch Rechtsverordnung des Senats kann nur erfolgen, wenn die örtlich zuständige Bezirksversammlung dem Planentwurf zugestimmt hat. Der Senat wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Verordnungsermächtigung nach Satz 1 für die Fälle auf die Bezirksämter weiterzuübertragen, in denen die örtlich zuständigen Bezirksversammlungen den Planentwürfen zugestimmt haben. Die Landschaftspläne bedürfen in diesen Fällen der Genehmigung der zuständigen Behörde.“

## 1.2. Absatz 2 Sätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„(2) Die Bürgerschaft stellt Landschaftspläne durch Gesetz fest, wenn

1. sie sich die Feststellung vorbehalten hat,
2. die örtlich zuständige Bezirksversammlung dem Planentwurf nicht zugestimmt hat,
3. der Senat ihr Entwürfe zur Feststellung vorlegt.

Der Senat legt den Planentwurf der Bürgerschaft zur Feststellung vor, wenn die örtlich zuständige Bezirksversammlung nicht binnen vier Monaten nach Vorlage des Entwurfes zur Abstimmung über ihre Zustimmung beschlossen hat.“

## 1.3. Absatz 3 wird um folgenden Satz 3 ergänzt:

„Der Senat wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung seine Befugnisse nach den Sätzen 1 und 2 auf die Bezirksämter weiterzuübertragen.“

## 1.4. Absatz 9 erhält folgende Fassung:

„Der Senat wird ermächtigt, gesetzlich festgestellte Landschaftspläne durch Rechtsverordnung unwesentlich zu ändern oder zu ergänzen; Absatz 1 Satz 2

gilt entsprechend. Der Senat wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Verordnungsermächtigung nach Satz 1 für die Fälle auf die Bezirksämter weiterzuübertragen, in denen die örtlich zuständigen Bezirksversammlungen den Verordnungsentwürfen zugestimmt haben; Absatz 1 Satz 4 gilt entsprechend.“

## 2. § 8 wird wie folgt geändert:

## 2.1. Absatz 1 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„§ 7 Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.“

## 2.2. In Absatz 1 wird folgender Satz 4 angefügt:

„Der Senat wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Verordnungsermächtigung nach Satz 1 für die Fälle auf die Bezirksversammlungen weiterzuübertragen, in denen die örtlich zuständigen Bezirksversammlungen den Verordnungsentwürfen zugestimmt haben; § 7 Absatz 1 Satz 4 und Absatz 12 gilt entsprechend.“

## Artikel 5

## Inkrafttretens- und Übergangsvorschriften

## § 1

(1) Die Vorschrift des Artikel 1 § 2 Absatz 2 tritt am Tag nach der Verkündung dieses Gesetzes in Kraft. Bis zum Inkrafttreten eines Gesetzes über die Grenzen der Bezirke gelten die Grenzen der Bezirke gemäß Anordnung über die Einteilung des Gebiets der Freien und Hansestadt Hamburg vom 7. September 1965 (Amtlicher Anzeiger Seiten 999, 1025), zuletzt geändert am 10. Juli 1985 (Amtlicher Anzeiger Seite 1409).

(2) Die Vorschriften des Artikel 1 § 5 Absätze 1 und 3 sowie § 6 Absätze 1 und 6 treten am 18. Juni 1998 in Kraft.

(3) Die Vorschriften des Artikel 1 § 16 Absatz 3 Nummern 1 bis 3 sowie des § 27 Absatz 2 und des § 28 Absatz 3 treten am Tag nach der Verkündung dieses Gesetzes in Kraft und sind erstmals für die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans 1998 anzuwenden.

## § 2

Die bei Inkrafttreten eingeleiteten Verfahren gemäß § 1 des Bauleitplanfeststellungsgesetzes und gemäß § 7 des Hamburgischen Naturschutzgesetzes in den bisherigen Fassungen werden nach den Vorschriften der Artikel 3 und 5 zu Ende geführt.

## § 3

Im übrigen treten die Vorschriften dieses Gesetzes am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Ausgefertigt Hamburg, den 4. November 1997.

Der Senat

**Gesetz**  
**über die Zustimmung der Bezirksversammlungen**  
**zur Änderung, Ergänzung und Aufhebung von Gesetzen**  
**über Bebauungs- und Landschaftspläne**

Vom 4. November 1997

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft beschlossene Gesetz:

**Artikel 1**

In den Gesetzen über die Bebauungspläne

Klostertor 1 vom 13. Juni 1962  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 136),  
Borgfelde 1 vom 9. Dezember 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 226),  
Rönneburg 6 vom 19. März 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 61),  
Hohenfelde 6 vom 24. Oktober 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 229),  
Schnelsen 43 vom 23. Oktober 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 298),  
Wandsbek 30 vom 1. Dezember 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 323),  
Neugraben-Fischbek 26/Hausbruch 13  
vom 13. Dezember 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 331),  
Horn 29 vom 12. Februar 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 13),  
Horn 31 vom 12. Februar 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 14),  
Billstedt 54/Horn 32 vom 23. Februar 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 18),  
Rotherbaum 5 vom 16. April 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 78),  
Wilhelmsburg 47 vom 14. Februar 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 15),  
Osdorf 28 vom 3. März 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 25),  
Lurup 28 vom 19. Mai 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 85),  
Wandsbek 28 vom 8. Juli 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 152),  
Rönneburg 12 vom 10. November 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 213),  
Eißendorf 26 vom 1. Dezember 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 231),  
Niendorf 50 vom 2. Februar 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 46),  
Barmbek-Süd 25 vom 19. Juni 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 194),  
Langenhorn 50 vom 12. Oktober 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 275),  
Eidelstedt 5/Bahrenfeld 28 vom 8. Februar 1971  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 17),

Marmstorf 20 vom 13. Juli 1971  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 160),  
Langenhorn 12 vom 14. Januar 1972  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 16),  
Langenhorn 43 vom 14. Januar 1972  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 16),  
Bergedorf 27 vom 26. Juni 1972  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 125),  
Lurup 41 vom 10. Juli 1972  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 143),  
Othmarschen 25 vom 23. Oktober 1972  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 207),  
Heimfeld 25 vom 4. Dezember 1972  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 242),  
Lohbrügge 48 vom 4. Dezember 1972  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 241),  
Stellingen 21 vom 4. Dezember 1972  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 240),  
Neugraben-Fischbek 33 vom 12. Juni 1973  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 215),  
Bramfeld 42 vom 22. Oktober 1973  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 440),  
Langenhorn 54 vom 11. Februar 1974  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 76),  
Lokstedt 26 vom 15. Oktober 1974  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 307),  
Allermöhe 13/Billwerder 13/Bergedorf 58  
vom 2. Oktober 1975  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 176),  
Hammerbrook 4 vom 2. Oktober 1975  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 175),  
Bergedorf 49 vom 20. Januar 1976  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 14),  
Iserbrook 17 vom 19. Mai 1976  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 133)  
wird jeweils Absatz 3 wie folgt geändert:

1. Satz 2 erhält folgende Fassung:  
„Die Änderung, Ergänzung oder Aufhebung durch Rechtsverordnung des Senats kann nur erfolgen, wenn die örtlich zuständige Bezirksversammlung dem Verordnungsentwurf zugestimmt hat.“
2. Es werden folgende Sätze 3 und 4 angefügt:  
„Der Senat kann die Ermächtigung nach Satz 1 für die Fälle auf die Bezirksämter übertragen, in denen die örtlich zuständigen Bezirksversammlungen den Verordnungsentwürfen zugestimmt haben. Die Vorschriften des Gesetzes über die Feststellung von Bauleitplänen und ihre Siche-

zung (Bauleitplanfeststellungsgesetz) in der Fassung vom 4. April 1978 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 89), zuletzt geändert am 4. November 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 489, 492), und des Hamburgischen Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Hamburgisches Naturschutzgesetz) vom 2. Juli 1981 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 167), zuletzt geändert am 4. November 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 489, 493), finden Anwendung.“

### Artikel 2

In den Gesetzen über die Bebauungspläne

Lurup 43 vom 25. Mai 1977  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 121),

Eppendorf 19 vom 13. Februar 1978  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 53),

Marienthal 9/Wandsbek 52 vom 15. Februar 1978  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 53),

Bahrenfeld 32 vom 3. Mai 1978  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 103),

Klostertor 4 vom 3. Mai 1978  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 101),

Allermöhe 12 vom 24. Oktober 1978  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 381)

wird jeweils Absatz 4 wie folgt geändert:

1. Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Änderung, Ergänzung oder Aufhebung durch Rechtsverordnung des Senats kann nur erfolgen, wenn die örtlich zuständige Bezirksversammlung dem Verordnungsentwurf zugestimmt hat.“

2. Es werden folgende Sätze 3 und 4 angefügt:

„Der Senat kann die Ermächtigung nach Satz 1 für die Fälle auf die Bezirksamter übertragen, in denen die örtlich zuständigen Bezirksversammlungen den Verordnungsentwürfen zugestimmt haben. Die Vorschriften des Gesetzes über die Feststellung von Bauleitplänen und ihre Sicherung (Bauleitplanfeststellungsgesetz) in der Fassung vom 4. April 1978 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 89), zuletzt geändert am 4. November 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 489, 492), und des Hamburgischen Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Hamburgisches Naturschutzgesetz) vom 2. Juli 1981 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 167), zuletzt geändert am 4. November 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 489, 493), finden Anwendung.“

### Artikel 3

In den Gesetzen über die Bebauungspläne

Rothenburgsort 1 vom 13. Juni 1962  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 136),

Wandsbek 2 vom 13. Juni 1962  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 135),

Barmbek-Nord 4/Steilshoop 1 vom 22. Juni 1962  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 144),

Bramfeld 3 vom 22. Juni 1962  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 146),

Hamburg-Altstadt 1 vom 22. Juni 1962  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 143),

Hamburg-Altstadt 3 vom 22. Juni 1962  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 144),

Harburg 6 vom 22. Juni 1962  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 146),

Langenhorn 1 vom 22. Juni 1962  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 145),

Neustadt 3 vom 22. Juni 1962  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 144),

Neustadt 5 vom 10. September 1962  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 168),

Wandsbek 10 vom 10. September 1962  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 169),

Barmbek-Nord 1 vom 19. Oktober 1962  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 181),

Neustadt 7 vom 19. Oktober 1962  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 179),

Barmbek-Nord 3/Bramfeld 1 vom 7. Dezember 1962  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 189),

Langenhorn 2 vom 7. Dezember 1962  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 190),

Neustadt 2 vom 7. Dezember 1962  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 188),

Rahlstedt 1 vom 7. Dezember 1962  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 197),

Rahlstedt 2 vom 7. Dezember 1962  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 198),

Wandsbek 12 vom 7. Dezember 1962  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 196),

Wandsbek 13/Marienthal 2 vom 7. Dezember 1962  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 197),

Wandsbek 3 vom 7. Dezember 1962  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 196),

Bramfeld 4/Barmbek-Nord 5 vom 1. Februar 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 7),

Groß Flottbek 1 vom 1. Februar 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 5),

Wandsbek 1 vom 1. Februar 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 6),

Altona-Nord 1 vom 1. März 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 16),

Othmarschen 2 vom 29. März 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 34),

St. Georg 4 vom 29. März 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 34),

Tonndorf 1 vom 29. März 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 35),

Harburg 4 vom 10. Mai 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 64),

Othmarschen 1 vom 10. Mai 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 61),

- Wandsbek 4 vom 10. Mai 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 62),
- Winterhude 2 vom 10. Mai 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 62),
- Neugraben-Fischbek 1 vom 28. Mai 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 72),
- St. Georg 2 vom 28. Mai 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 71),
- Wandsbek 8 vom 28. Mai 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 72),
- Hamburg-Altstadt 7 vom 18. Juni 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 85),
- Othmarschen 3 vom 18. Juni 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 86),
- Bramfeld 2 vom 1. Juli 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 116),
- Horn 1 vom 1. Juli 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 112),
- Lurup 3 vom 1. Juli 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 113),
- Othmarschen 4 vom 1. Juli 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 114),
- Rahlstedt 5 vom 1. Juli 1963  
mit der Änderung vom 29. Juni 1988  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1963 Seite 117,  
1988 Seite 100),
- Tonndorf 2 vom 1. Juli 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 117),
- Wandsbek 6 vom 1. Juli 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 115),
- Wandsbek 7 vom 1. Juli 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 116),
- Wilstorf 1 vom 1. Juli 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 118),
- Bramfeld 7 vom 21. Oktober 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 191),
- Eißendorf 1 vom 21. Oktober 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 193),
- Hummelsbüttel 1 vom 21. Oktober 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 191),
- Hummelsbüttel 2 vom 21. Oktober 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 192),
- Lokstedt 1 vom 21. Oktober 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 190),
- Moorburg 2 vom 4. November 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 196),
- Othmarschen 6 vom 4. November 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 195),
- Lokstedt 3 vom 9. Dezember 1963  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 226),
- Eidelstedt 2 vom 20. Januar 1964  
mit der Änderung vom 12. November 1991  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1964 Seite 13,  
1991 Seite 355),
- Horn 2 vom 20. Januar 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 11),
- Langenhorn 21 vom 20. Januar 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 14),
- Lurup 11 vom 20. Januar 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 12),
- Neuenfelde 1 vom 20. Januar 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 19),
- Sasel 3 vom 20. Januar 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 15),
- Stellingen 10 vom 20. Januar 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 14),
- Volksdorf 3 vom 20. Januar 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 16),
- Bahrenfeld 1 vom 3. Februar 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 26),
- Horn 3 vom 3. Februar 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 25),
- Langenbek 1 vom 3. Februar 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 27),
- Niendorf 11 vom 3. Februar 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 27),
- Bramfeld 6 vom 3. März 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 54),
- Niendorf 13 vom 3. März 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 53),
- Eißendorf 3 vom 18. März 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 61),
- Lurup 8 vom 18. März 1964  
mit der Änderung vom 10. Mai 1988  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1964 Seite 59,  
1988 Seite 74),
- Niendorf 17 vom 18. März 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 60),
- Tonndorf 7 vom 18. März 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 60),
- Niendorf 12 vom 1. April 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 67),
- Winterhude 1 vom 1. April 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 68),
- Lokstedt 10 vom 27. April 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 90),
- Rahlstedt 4 vom 5. Mai 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 93),
- Stellingen 2 vom 15. Mai 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 97),
- Altona-Altstadt 3 vom 26. Juni 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 136),
- Billstedt 8 vom 26. Juni 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 135),
- Bramfeld 14 vom 26. Juni 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 141),
- Heimfeld 4 vom 26. Juni 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 144),

- Lurup 1 vom 26. Juni 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 136),
- Osdorf 1 vom 26. Juni 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 137),
- Osdorf 5 vom 26. Juni 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 138),
- Osdorf 6/Iserbrook 10 vom 26. Juni 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 139),
- Poppenbüttel 1 vom 26. Juni 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 142),
- Rahlstedt 3 vom 26. Juni 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 143),
- Tonndorf 3 vom 26. Juni 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 139),
- Billstedt 9 vom 25. September 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 209),
- Bramfeld 15 vom 25. September 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 213),
- Dulsberg 1 vom 25. September 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 212),
- Harburg 11 vom 25. September 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 213),
- Iserbrook 3/Osdorf 15 vom 25. September 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 211),
- Lurup 14 vom 25. September 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 210),
- Osdorf 11 vom 25. September 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 211),
- Rönneburg 4 vom 25. September 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 215),
- Wilstorf 9/Rönneburg 7 vom 25. September 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 214),
- Billstedt 10 vom 9. Oktober 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 218),
- Horn 9 vom 9. Oktober 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 217),
- Lokstedt 7 vom 9. Oktober 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 220),
- Sülldorf 1/Blankenese 5 vom 9. Oktober 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 218),
- Billstedt 11 vom 2. November 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 231),
- Billstedt 17 vom 2. November 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 232),
- Niendorf 14 vom 2. November 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 231),
- Osdorf 4/Groß Flottbek 5 vom 2. November 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 230),
- Wilhelmsburg 2 vom 2. November 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 233),
- Eidelstedt 6 vom 16. November 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 239),
- Groß Flottbek 2 vom 16. November 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 237),
- Lurup 2 vom 16. November 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 238),
- Poppenbüttel 9 vom 16. November 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 240),
- Bergstedt 4 vom 14. Dezember 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 257),
- Niendorf 9 vom 14. Dezember 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 254),
- Ohlsdorf 15 vom 14. Dezember 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 256),
- Osdorf 16 vom 14. Dezember 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 253),
- Schnelsen 24 vom 14. Dezember 1964  
mit der Änderung vom 21. September 1993  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1964 Seite 255,  
1993 Seite 267),
- Volksdorf 8/Bergstedt 5 vom 14. Dezember 1964  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 257),
- Altona-Altstadt 5 vom 15. Februar 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 23),
- Groß Borstel 1 vom 15. Februar 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 24),
- Wilhelmsburg 10 vom 15. Februar 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 24),
- Billstedt 16 vom 12. März 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 34),
- Heimfeld 9 vom 12. März 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 35),
- Horn 18 vom 12. März 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 33),
- Langenhorn 20 vom 12. März 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 43),
- Neugraben-Fischbek 7 vom 12. März 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 35),
- Horn 4 vom 19. März 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 59),
- Rönneburg 3 vom 19. März 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 60),
- Langenbek 2 vom 9. April 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 73),
- Billstedt 2 vom 3. Mai 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 81),
- Wilstorf 8 vom 3. Mai 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 82),
- Uhlenhorst 8 vom 14. Mai 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 87),
- Farmsen-Berne 1 vom 23. Juni 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 115),
- Marmstorf 5 vom 23. Juni 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 116),
- Niendorf 20 vom 23. Juni 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 114),
- Stellingen 12 vom 23. Juni 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 114),

- Alsterdorf 2 vom 2. Juli 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 124),
- Farmsen-Berne 2 vom 2. Juli 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 125),
- Iserbrook 4 vom 2. Juli 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 122),
- Iserbrook 5 vom 2. Juli 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 123),
- Lurup 15/Bahrenfeld 8 vom 2. Juli 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 122),
- Lurup 7 vom 2. Juli 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 121),
- Schnelsen 13 vom 2. Juli 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 123),
- Altona-Altstadt 12 vom 24. September 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 164),
- Bramfeld 21 vom 24. September 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 164),
- Horn 5 vom 24. September 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 163),
- Sinstorf 1/Langenbek 5 vom 24. September 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 166),
- Volksdorf 5 vom 24. September 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 165),
- Neugraben-Fischbek 4 vom 8. Oktober 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 184),
- Niendorf 10 vom 8. Oktober 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 182),
- Rönneburg 5 vom 8. Oktober 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 183),
- Stellingen 3 vom 8. Oktober 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 182),  
zuletzt geändert am 9. Juni 1992  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 114),
- Billstedt 26 vom 8. November 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 193),
- Groß Borstel 12 vom 8. November 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 194),
- Hamm-Mitte 1 vom 8. November 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 191),
- Horn 16 vom 8. November 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 192),
- Horn 7 vom 8. November 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 192),
- Osdorf 2 vom 8. November 1965  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 193),
- Groß Borstel 4 vom 14. Januar 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 26),
- Volksdorf 6 vom 14. Januar 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 27),
- Volksdorf 7 vom 14. Januar 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 27),
- Bergedorf 4 vom 14. Februar 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 45),
- Eppendorf 10 vom 14. Februar 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 44),
- Rahlstedt 14 vom 14. Februar 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 44),
- Barmbek-Nord 21 vom 14. März 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 67),
- Bramfeld 23 vom 14. März 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 67),
- Curslack 3 vom 14. März 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 68),
- Harburg 9 vom 14. März 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 69),
- Heimfeld 7 vom 14. März 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 69),
- Hoheluft-West 3 vom 14. März 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 66),
- Stellingen 5 vom 14. März 1966  
mit der Änderung vom 13. November 1987  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1966 Seite 66,  
1987 Seite 204),
- Eilbek 3 vom 27. Mai 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 153),
- Wilstorf 2 vom 27. Mai 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 154),
- Barmbek-Süd 17 vom 4. Juli 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 171),
- Billstedt 14 vom 4. Juli 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 170),
- Eilbek 5/Marienthal 3 vom 4. Juli 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 172),
- Harburg 24 vom 4. Juli 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 173),
- Harburg 3 vom 4. Juli 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 174),
- Horn 19 vom 4. Juli 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 169),
- Lohbrügge 19 vom 4. Juli 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 173),
- Lohbrügge 5 vom 4. Juli 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 172),
- Neugraben-Fischbek 5 vom 4. Juli 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 175),
- Osdorf 14/Lurup 16 vom 9. September 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 210),
- Osdorf 21 vom 9. September 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 211),
- Osdorf 23 vom 9. September 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 211),
- Bergedorf 2 vom 10. Oktober 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 223),
- Osdorf 3 vom 10. Oktober 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 222),
- Othmarschen 12 vom 10. Oktober 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 221),

- Stellingen 4 vom 10. Oktober 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 222),
- Bergedorf 9 vom 24. Oktober 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 231),
- Bramfeld 24 vom 24. Oktober 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 229),
- Francop 1 vom 24. Oktober 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 232),
- Hamm-Mitte 3 vom 24. Oktober 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 228),
- Hamm-Mitte 4 vom 24. Oktober 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 228),
- Lohbrügge 8 vom 24. Oktober 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 231),
- Rahlstedt 46 vom 24. Oktober 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 230),
- Bergedorf 15 vom 7. November 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 237),
- Bramfeld 35 vom 7. November 1966  
mit der Änderung vom 20. August 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1966 Seite 237,  
1968 Seite 203),
- Fuhlsbüttel 7 vom 7. November 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 236),
- Hausbruch 1/Neugraben-Fischbek 10 vom 7. November 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 238),
- Langenhorn 10 vom 7. November 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 236),
- Lohbrügge 17 vom 7. November 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 239),
- Rissen 6 vom 7. November 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 235),
- Billstedt 33 vom 25. November 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 249),
- Fuhlsbüttel 11 vom 25. November 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 250),
- Lohbrügge 16 vom 25. November 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 251),
- Lohbrügge 4 vom 25. November 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 251),
- Neugraben-Fischbek 9 vom 25. November 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 252),
- Rissen 13 vom 25. November 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 250),
- Barmbek-Süd 15 vom 9. Dezember 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 263),
- Bramfeld 22 vom 9. Dezember 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 263),
- Cranz 1 vom 9. Dezember 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 264),
- Hamm-Mitte 7 vom 9. Dezember 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 262),
- Horn 24 vom 9. Dezember 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 262),
- Neugraben-Fischbek 19 vom 9. Dezember 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 264),
- Bergedorf 14 vom 16. Dezember 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 292),
- Fuhlsbüttel 5 vom 16. Dezember 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 291),
- Groß Borstel 2 vom 16. Dezember 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 290),
- Hamm-Mitte 8 vom 16. Dezember 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 289),
- Horn 8 vom 16. Dezember 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 290),
- Rahlstedt 7 vom 16. Dezember 1966  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 292),
- Eidelstedt 1 vom 16. Januar 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 4),
- Lohbrügge 32 vom 16. Januar 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 4),
- Bergedorf 11 vom 27. Januar 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 19),
- Hausbruch 15/Neugraben-Fischbek 31 vom 27. Januar 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 21),
- Marmstorf 8 vom 27. Januar 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 20),
- Neugraben-Fischbek 2 vom 27. Januar 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 21),
- Eidelstedt 28 vom 28. März 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 126),
- Iserbrook 8 vom 28. März 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 125),
- Lohbrügge 37 vom 28. März 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 126),
- Lohbrügge 33 vom 10. April 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 133),
- Billstedt 27 vom 2. Mai 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 157),
- Langenhorn 9 vom 2. Mai 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 158),
- Billstedt 43 vom 19. Juni 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 216),
- Eißendorf 6 vom 19. Juni 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 219),
- Marmstorf 2 vom 19. Juni 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 218),
- Niendorf 16 vom 19. Juni 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 216),
- Poppenbüttel 3 vom 19. Juni 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 217),
- Rahlstedt 10 vom 19. Juni 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 218),
- Tonndorf 5 vom 19. Juni 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 217),
- Groß Borstel 7 vom 3. Juli 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 244),

- Stellingen 6 vom 3. Juli 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 244),
- Hamburg-Altstadt 2 vom 23. Oktober 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 297),
- Langenhorn 11 vom 23. Oktober 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 299),
- Langenhorn 15 vom 23. Oktober 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 299),
- Langenhorn 47 vom 23. Oktober 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 300),
- Sasel 2 vom 23. Oktober 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 300),
- Billstedt 1 vom 13. November 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 304),
- Borgfelde 5 vom 13. November 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 304),
- Eimsbüttel 8 vom 13. November 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 305),
- Jenfeld 5 vom 13. November 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 307),
- Eimsbüttel 22 vom 1. Dezember 1967  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 323),
- Fuhlsbüttel 3 vom 12. Februar 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 14),
- Marmstorf 12 vom 12. Februar 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 15),
- Rönneburg 9 vom 12. Februar 1968  
mit der Änderung vom 26. November 1974  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1968 Seite 15,  
1974 Seite 368),
- Hohenfelde 4 vom 23. Februar 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 19),
- Horn 27 vom 23. Februar 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 18),
- Wilstorf 10 vom 23. Februar 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 19),
- Altona-Nord 3 vom 8. März 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 21),
- Barmbek-Süd 20 vom 8. März 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 23),
- Langenhorn 45 vom 8. März 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 22),
- Schnelsen 15 vom 8. März 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 22),
- Billstedt 29 vom 29. März 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 61),
- Eilbek 4/Wandsbek 20 vom 29. März 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 62),
- Nienstedten 11/Osdorf 9/Iserbrook 11 vom 16. April 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 77),
- Barmbek-Süd 19 vom 10. Mai 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 106),
- Billstedt 28 vom 10. Mai 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 105),
- Wandsbek 5 vom 10. Mai 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 106),
- Lohbrügge 13 vom 24. Mai 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 122),
- Neugraben-Fischbek 11 vom 24. Mai 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 123),
- Sasel 5 vom 24. Mai 1968  
mit der Änderung vom 3. Juli 1990  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1968 Seite 122,  
1990 Seite 149),
- Fuhlsbüttel 9 vom 18. Juni 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 144),
- Iserbrook 13 vom 18. Juni 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 143),
- Wilhelmsburg 1 vom 18. Juni 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 144),
- Bahrenfeld 10 vom 1. Juli 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 178),
- Bahrenfeld 11 vom 1. Juli 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 179),
- Bahrenfeld 13 vom 1. Juli 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 178),
- Bahrenfeld 4 vom 1. Juli 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 179),
- Neugraben-Fischbek 13 vom 1. Juli 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 182),
- Othmarschen 16 vom 1. Juli 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 180),
- Othmarschen 18 vom 1. Juli 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 180),
- Stellingen 13 vom 1. Juli 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 181),
- Alsterdorf 7 vom 7. Oktober 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 220),
- Stellingen 34 vom 7. Oktober 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 220),
- Billstedt 22 vom 4. November 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 248),
- Billstedt 49 vom 18. November 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 254),
- Horn 23 vom 18. November 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 253),
- Marmstorf 10 vom 18. November 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 255),
- Neugraben-Fischbek 18 vom 18. November 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 255),
- Fuhlsbüttel 8 vom 11. Dezember 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 272),
- Iserbrook 7 vom 11. Dezember 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 273),
- Langenhorn 34 vom 11. Dezember 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 273),
- Wilhelmsburg 28/Kleiner Grasbrook 1  
vom 11. Dezember 1968  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 274),

- Billstedt 20 vom 14. Februar 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 13),
- Billwerder Ausschlag 7 vom 14. Februar 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 14),
- Jenfeld 7 vom 14. Februar 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 14),
- Jenfeld 3 vom 3. März 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 27),
- Rahlstedt 45 vom 3. März 1969  
mit der Änderung vom 16. Januar 1978  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1969 Seite 28,  
1978 Seite 28),
- Rissen 21 vom 3. März 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 26),
- Wandsbek 22 vom 3. März 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 26),
- Wellingsbüttel 1 vom 3. März 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 27),
- Langenhorn 26 vom 17. März 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 32),
- Neugraben-Fischbek 35 vom 17. März 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 32),
- Fuhlsbüttel 2 vom 31. März 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 39),
- Hummelsbüttel 8/Fuhlsbüttel 12 vom 31. März 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 40),
- Barmbek-Süd 22 vom 23. Juni 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 148),
- Eißendorf 2 vom 23. Juni 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 125),
- Heimfeld 2 vom 23. Juni 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 126),
- Othmarschen 13 vom 23. Juni 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 148),
- Wilhelmsburg 17 vom 23. Juni 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 127),
- Rotherbaum 6 vom 4. Juli 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 151),
- Billstedt 50 vom 8. Juli 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 149),
- Osdorf 22 vom 8. Juli 1969  
mit der Änderung vom 15. November 1988  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1969 Seite 150,  
1988 Seite 224),
- Rahlstedt 18 vom 8. Juli 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 153),
- Sinstorf 3 vom 8. Juli 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 154),
- Steilshoop 3 vom 8. Juli 1969  
mit der Änderung vom 3. Juli 1979  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1969 Seite 152,  
1979 Seite 174),
- Steilshoop 5 vom 8. Juli 1969  
mit der Änderung vom 5. Februar 1979  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1969 Seite 153,  
1979 Seite 52),
- Wilstorf 5 vom 8. Juli 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 154),
- Eidelstedt 39 vom 27. Oktober 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 204),
- Marienthal 6 vom 27. Oktober 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 204),
- Neuland 1 vom 27. Oktober 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 205),
- Osdorf 12 vom 27. Oktober 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 203),
- Groß Borstel 5 vom 10. November 1969  
mit der Änderung vom 11. Oktober 1988  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1969 Seite 213,  
1988 Seite 201),
- Iserbrook 14 vom 10. November 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 212),
- Alsterdorf 8 vom 1. Dezember 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 229),
- Eißendorf 12 vom 1. Dezember 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 230),
- Rahlstedt 9 vom 1. Dezember 1969  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 229),
- Bahrenfeld 26/Groß Flottbek 12 vom 12. Januar 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 2),
- Bergedorf 40 vom 12. Januar 1970  
mit der Änderung vom 20. Dezember 1988  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1970 Seite 5,  
1988 Seite 310),
- Billstedt 18 vom 12. Januar 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 1),
- Billstedt 46 vom 12. Januar 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 2),
- Farmsen-Berne 12 vom 12. Januar 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 4),
- Lurup 18 vom 12. Januar 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 3),
- Lurup 22 vom 12. Januar 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 3),
- Lohbrügge 44 vom 2. Februar 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 47),
- Rahlstedt 21 vom 2. Februar 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 46),
- Rahlstedt 35 vom 2. Februar 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 47),
- Sinstorf 4 vom 2. Februar 1970  
mit der Änderung vom 31. Januar 1995  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1970 Seite 48,  
1995 Seite 16),
- Altona-Altstadt 4 vom 18. Februar 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 57),
- Billstedt 58 vom 18. Februar 1970  
mit der Änderung vom 23. September 1975  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1970 Seite 56,  
1975 Seite 173),
- Eimsbüttel 3 vom 18. Februar 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 58),

- Barmbek-Nord 18 vom 2. März 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 102),
- Barmbek-Süd 24 vom 2. März 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 101),
- Bramfeld 33 vom 2. März 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 104),
- Groß Borstel 10 vom 2. März 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 100),
- Harburg 31 vom 2. März 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 106),
- Hoheluft-West 5 vom 2. März 1970  
mit der Änderung vom 24. Februar 1982  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1970 Seite 100,  
1982 Seite 39),
- Iserbrook 15 vom 2. März 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 97),
- Langenhorn 42 vom 2. März 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 95),
- Lurup 21 vom 2. März 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 97),
- Poppenbüttel 12 vom 2. März 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 96),
- Rahlstedt 25 vom 2. März 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 104),
- Rahlstedt 52 vom 2. März 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 105),
- Rahlstedt 60 vom 2. März 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 96),
- Sinstorf 6 vom 2. März 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 106),
- Stellingen 8 vom 2. März 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 101),
- Wandsbek 19 vom 2. März 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 103),
- Stellingen 16 vom 1. Juni 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 175),
- Altona-Altstadt 7 vom 19. Juni 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 195),
- Lurup 33 vom 19. Juni 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 193),
- Eidelstedt 40 vom 3. Juli 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 201),
- Eidelstedt 9 vom 14. September 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 243),
- Niendorf 1 vom 14. September 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 242),
- Rahlstedt 54 vom 14. September 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 244),
- Wandsbek 27 vom 14. September 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 243),
- Wohldorf-Ohlstedt 6 vom 14. September 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 244),
- Altona-Nord 4 vom 12. Oktober 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 273),
- Harburg 29 vom 12. Oktober 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 276),
- Hoheluft-Ost 1 vom 12. Oktober 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 274),
- Langenhorn 4 vom 12. Oktober 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 275),
- Rahlstedt 61 vom 12. Oktober 1970  
mit der Änderung vom 23. Juni 1986  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1970 Seite 276,  
1986 Seite 156),
- Winterhude 30 vom 12. Oktober 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 274),
- Farmsen-Berne 6 vom 10. November 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 292),
- Bramfeld 25/Wandsbek 18 vom 24. November 1970  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 299),
- Eidelstedt 8 vom 8. Februar 1971  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 18),
- Niendorf 49 vom 8. Februar 1971  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 18),
- Volksdorf 17 vom 8. Februar 1971  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 19),
- Eißendorf 29 vom 5. März 1971  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 45),
- Neustadt 19/Hamburg-Altstadt 14 vom 5. März 1971  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 44),
- Schnelsen 9/Eidelstedt 49 vom 5. März 1971  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 44),
- Barmbek-Süd 23 vom 22. März 1971  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 48),
- Ohlsdorf 3 vom 22. März 1971  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 48),
- Rahlstedt 48 vom 22. März 1971  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 49),
- Eidelstedt 11/Schnelsen 50 vom 5. April 1971  
mit der Änderung vom 21. Dezember 1984  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1971 Seite 66,  
1984 Seite 290),
- Osdorf 13 vom 5. April 1971  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 65),
- Schnelsen 34 vom 5. April 1971  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 65),
- Lurup 9 vom 23. April 1971  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 79),
- Rahlstedt 64 vom 10. Mai 1971  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 90),
- Altona-Altstadt 14 vom 14. Mai 1971  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 103),
- Rahlstedt 74 vom 7. Juni 1971  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 109),
- Eißendorf 23 vom 21. Juni 1971  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 112),
- Eidelstedt 43 vom 13. Juli 1971  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 161),

- Rissen 3 vom 13. Juli 1971  
mit der Änderung vom 18. April 1989  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1971 Seite 159,  
1989 Seite 71),
- Billstedt 62 vom 27. September 1971  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 199),
- Wandsbek 29 vom 27. September 1971  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 200),
- Billstedt 42/Horn 28 vom 8. November 1971  
mit der Änderung vom 23. Dezember 1980  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1971 Seite 207,  
1980 Seite 409),
- Farmsen-Berne 7 vom 8. November 1971  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 208),
- Tonndorf 9 vom 30. November 1971  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 221),
- Bramfeld 32 vom 23. Dezember 1971  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1972 Seite 2),
- Schnelsen 19/Eidelstedt 44 vom 23. Dezember 1971  
mit der Änderung vom 20. Juni 1996  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1972 Seite 1,  
1996 Seite 157),
- Neugraben-Fischbek 32 vom 6. März 1972  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 50),
- Osdorf 32 vom 6. März 1972  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 49),
- Uhlenhorst 9 vom 6. März 1972  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 50),
- Lurup 38 vom 2. Mai 1972  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 81),
- Barmbek-Süd 21 vom 15. Mai 1972  
mit der Änderung vom 28. Oktober 1975  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1972 Seite 90,  
1975 Seite 187),
- Barmbek-Süd 3 vom 5. Juni 1972  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 98),
- Neugraben-Fischbek 30 vom 5. Juni 1972  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 99),
- Barmbek-Süd 5 vom 10. Juli 1972  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 144),
- Hausbruch 19/Heimfeld 26 vom 10. Juli 1972  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 132),
- Rothenburgsort 5 vom 10. Juli 1972  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 132),
- Wandsbek 43 vom 10. Juli 1972  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 144),
- Ottensen 1/Othmarschen 26 vom 19. September 1972  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 161),
- Niendorf 33 vom 4. Dezember 1972  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 242),
- Stellingen 39 vom 4. Dezember 1972  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 240),
- Altona-Altstadt 2 vom 26. Januar 1973  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 11),
- Rahlstedt 68 vom 12. März 1973  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 44),
- Hummelsbüttel 10 vom 26. April 1973  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 146),
- Rissen 7 vom 26. April 1973  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 146),
- Stellingen 43 vom 26. April 1973  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 145),
- Farmsen-Berne 15 vom 30. April 1973  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 175),
- Wilhelmsburg 48 vom 14. Mai 1973  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 181),
- Eimsbüttel 27 vom 25. Juni 1973  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 225),
- Lokstedt 17 vom 25. Juni 1973  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 226),
- St. Georg 16 vom 22. Oktober 1973  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 439),
- Langenhorn 49 vom 5. November 1973  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 446),
- Lokstedt 23 vom 5. November 1973  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 446),
- Lohbrügge 49 vom 3. Dezember 1973  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 465),
- Hummelsbüttel 4/Poppenbüttel 8 vom 10. Dezember 1973  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 529),  
zuletzt geändert am 21. Juli 1981  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 239),
- Neustadt 23 vom 21. Januar 1974  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 21),
- Hamburg-Altstadt 18 vom 11. Februar 1974  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 75),
- Schnelsen 56 vom 11. Februar 1974  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 76),
- Wandsbek 46 vom 11. Februar 1974  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 77),
- Billstedt 60 vom 1. Juli 1974  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 233),
- Wandsbek 44 vom 1. Juli 1974  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 234),
- Billstedt 69 vom 27. Juni 1975  
mit der Änderung vom 17. März 1981  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1975 Seite 133,  
1981 Seite 52),
- Finkenwerder 19 vom 27. Juni 1975  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 128),
- Bergedorf 35 vom 2. Oktober 1975  
mit der Änderung vom 20. Dezember 1988  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1975 Seite 176,  
1988 Seite 309),
- Hummelsbüttel 22 vom 29. Oktober 1975  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 186),
- Wandsbek 42 vom 29. Oktober 1975  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 185),
- Wandsbek 40 vom 3. Dezember 1975  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 205),

Neustadt 28 vom 4. März 1976  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 55),

Wilhelmsburg 16 vom 4. März 1976  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 56),

Groß Borstel 15 vom 5. April 1976  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 69),

Wandsbek 45 vom 5. Mai 1976  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 119),

Hummelsbüttel 7 vom 19. Mai 1976  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 134),

Klostertor 3 vom 25. Juni 1976  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 166),

Langenhorn 51 vom 25. Juni 1976  
mit der Änderung vom 29. Juni 1983  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1976 Seite 166,  
1983 Seite 151),

Wilhelmsburg 24 vom 25. Juni 1976  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 167),

Eidelstedt 38 vom 30. November 1976  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 227),

Harburg 33 vom 30. November 1976  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 228),

Harburg 34 vom 30. November 1976  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 229),

Neustadt 25 vom 30. November 1976  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 226),

Wilstorf 4 vom 30. November 1976  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 229),

Fuhlsbüttel 16 vom 9. Dezember 1976  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 235),

Rahlstedt 49 vom 9. Dezember 1976  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 235),

Wilstorf 19 vom 22. Februar 1977  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 42),

Altona-Altstadt 30 vom 2. März 1977  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 58),

Poppenbüttel 23 vom 6. Juli 1977  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 182),

St. Georg 20 vom 6. Juli 1977  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 183),

Uhlenhorst 3 vom 6. Juli 1977  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 183),

Uhlenhorst 5 vom 6. Juli 1977  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 184),

Allermöhe 17/Bergedorf 62 vom 9. November 1977  
mit der Änderung vom 23. Dezember 1980  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1977 Seite 355,  
1980 Seite 408),

Allermöhe 18 vom 9. November 1977  
mit der Änderung vom 23. Dezember 1980  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1977 Seite 355,  
1980 Seite 409),

Lohbrügge 68 vom 9. November 1977  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 354),

Rothenburgsort 7 vom 9. November 1977  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 354),

St. Georg 22 vom 9. November 1977  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 353),

Neugraben-Fischbek 50 vom 19. April 1978  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 93),

Bahrenfeld 34 vom 3. Mai 1978  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 104),

Bramfeld 47 vom 3. Mai 1978  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 105),

Harburg 23 vom 3. Mai 1978  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 106),

Klostertor 6 vom 3. Mai 1978  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 102),

Niendorf 3 vom 3. Mai 1978  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 104),

Veddel 1 vom 3. Mai 1978  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 102),

Neustadt 30 vom 22. Mai 1978  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 190),

Billwerder 11/Allermöhe 11 vom 24. Oktober 1978  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 381),

Wandsbek 50 vom 24. Oktober 1978  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 380),

Niendorf 71 vom 30. April 1979  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 118),

Groß Borstel 19 vom 17. Oktober 1979  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 308),

Eimsbüttel 29/Stellingen 57 vom 21. Mai 1980  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 59),

Neustadt 11 vom 9. Juli 1980  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 117),

Wilhelmsburg 65 vom 9. Juli 1980  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 116),

Hamburg-Altstadt 23 vom 22. Mai 1981  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 102),

Niendorf 44 vom 10. Mai 1983  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 95),

Allermöhe 22/Billwerder 17 vom 26. Oktober 1983  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 240),

wird jeweils § 3 wie folgt geändert:

1. Satz 2 erhält folgende Fassung:  
„Die Änderung, Ergänzung oder Aufhebung durch Rechtsverordnung des Senats kann nur erfolgen, wenn die örtlich zuständige Bezirksversammlung dem Verordnungsentwurf zugestimmt hat.“
2. Es werden folgende Sätze 3 und 4 angefügt:  
„Der Senat kann die Ermächtigung nach Satz 1 für die Fälle auf die Bezirksamter übertragen, in denen die örtlich zuständigen Bezirksversammlungen den Verordnungsentwürfen zugestimmt haben. Die Vorschriften des Gesetzes über die Feststellung von Bauleitplänen und ihre Sicherung (Bauleitplanfeststellungsgesetz) in der Fassung vom 4. April 1978 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 89), zuletzt geändert am 4. November 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 489, 492), und des Hamburgischen Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Hamburgisches Naturschutzgesetz) vom 2. Juli 1981 (Hamburgisches

Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 167), zuletzt geändert am 4. November 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 489, 493), finden Anwendung.“

#### Artikel 4

In den Gesetzen über die Bebauungspläne

Lohbrügge 10 vom 22. Februar 1977  
mit der Änderung vom 20. Dezember 1988  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1977 Seite 42, 1988 Seite 312),  
Farmesen-Berne 19 vom 3. Juli 1979  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 172),  
Harburg 41 vom 3. Juli 1979  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 174),  
Sinstorf 15/Marmstorf 27 vom 3. Juli 1979  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 173),  
Lurup 29 vom 12. Juli 1979  
mit der Änderung vom 20. August 1991  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1979 Seite 215, 1991 Seite 312),  
Neugraben-Fischbek 42 vom 12. Juli 1979  
mit der Änderung vom 3. Juli 1990  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1979 Seite 217, 1990 Seite 147),  
Niendorf 73 vom 12. Juli 1979  
mit der Änderung vom 13. Dezember 1988  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1979 Seite 214, 1988 Seite 298),  
Wandsbek 53 vom 12. Juli 1979  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 216),  
Harvestehude 10 vom 20. November 1979  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 331),  
Wandsbek 25 vom 20. November 1979  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 332),  
Bramfeld 48 vom 21. Januar 1980  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 14),  
Billwerder 5 vom 5. Februar 1980  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 22),  
Hammerbrook 5 vom 5. Februar 1980  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 22),  
Eilbek 9 vom 3. März 1980  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 41),  
Hamburg-Altstadt 22 vom 3. März 1980  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 39),  
Langenhorn 58 vom 3. März 1980  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 40),  
Marmstorf 9 vom 3. März 1980  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 38),  
Neugraben-Fischbek 55 vom 21. Mai 1980  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 60),  
zuletzt geändert am 11. Januar 1994  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 6),  
Eidelstedt 21 vom 9. Juli 1980  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 119),  
Harburg 45 vom 9. Juli 1980  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 114),

Rothenburgsort 6 vom 9. Juli 1980  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 118),  
St. Georg 23 vom 9. Juli 1980  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 117),  
Wilhelmsburg 5 vom 9. Juli 1980  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 115),  
Volksdorf 1 vom 15. September 1980  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 275),  
St. Georg 25 vom 17. November 1980  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 339),  
Eidelstedt 60 vom 1. Dezember 1980  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 364),  
Wandsbek 55 vom 1. Dezember 1980  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 365),  
Rahlstedt 83/Farmesen-Berne 23 vom 2. Februar 1981  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 22),  
Lokstedt 39 vom 8. Mai 1981  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 95),  
Schnelsen 68 vom 8. Mai 1981  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 96),  
Wilhelmsburg 30 vom 8. Mai 1981  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 94),  
Lokstedt 36 vom 22. Mai 1981  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 102),  
Lemsahl-Mellingstedt 10 vom 2. Juli 1981  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 164),  
Billstedt 79 vom 2. November 1981  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 326),  
Schnelsen 63 vom 2. November 1981  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 327),  
Bergedorf 65 vom 24. Februar 1982  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 37),  
Bergedorf 66 vom 24. Februar 1982  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 36),  
Horn 38 vom 24. Februar 1982  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 37),  
Wilhelmsburg 67 vom 24. Februar 1982  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 38),  
Lurup 47 vom 8. März 1982  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 52),  
Altona-Altstadt 33 vom 20. April 1982  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 90),  
St. Pauli 25 vom 20. April 1982  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 89),  
Alsterdorf 3 vom 5. Mai 1982  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 109),  
Bahrenfeld 9/Lurup 50 vom 5. Mai 1982  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 110),  
Poppenbüttel 24 vom 5. Mai 1982  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 107),  
Poppenbüttel 29 vom 5. Mai 1982  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 108),

- Allermöhe 21/Billwerder 15 vom 19. Mai 1982  
mit der Änderung vom 22. Januar 1991  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1982 Seite 130,  
1991 Seite 31),
- Bergedorf 67/Lohbrügge 70 vom 19. Mai 1982  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 130),
- Billstedt 77 vom 19. Mai 1982  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 125),
- Bramfeld 39 vom 19. Mai 1982  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 128),
- Hausbruch 31 vom 19. Mai 1982  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 132),
- Langenhorn 30 vom 19. Mai 1982  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 127),
- Langenhorn 44 vom 19. Mai 1982  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 127),
- Neustadt 26 vom 19. Mai 1982  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 124),
- Altona-Altstadt 34 vom 5. Oktober 1982  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 305),
- Altona-Altstadt 32 vom 28. Oktober 1982  
mit der Änderung vom 2. April 1985  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1982 Seite 361,  
1985 Seite 104),
- Billstedt 73 vom 28. Oktober 1982  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 360),
- Borgfelde 8 vom 28. Oktober 1982  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 359),
- Lohbrügge 74 vom 28. Oktober 1982  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 363),
- Tonndorf 21 vom 28. Oktober 1982  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 362),
- Wilstorf 21 vom 28. Oktober 1982  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 364),
- Rahlstedt 78/Volksdorf 25 vom 30. November 1982  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 373),
- Ottensen 26 vom 16. Dezember 1982  
mit der Änderung vom 9. April 1985  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1982 Seite 388,  
1985 Seite 107),
- Langenhorn 29 vom 14. März 1983  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 59),
- Schnelsen 22 vom 15. März 1983  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 62),
- Volksdorf 28 vom 15. März 1983  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 63),
- Klostertor 5/Hammerbrook 6 vom 24. Mai 1983  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 101),
- Stellingen 40 vom 8. Juni 1983  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 105),
- Harburg 47 vom 29. Juni 1983  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 158),
- Heimfeld 27/Moorburg 3 vom 29. Juni 1983  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 148),
- Heimfeld 35 vom 29. Juni 1983  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 149),
- Lurup 45 vom 29. Juni 1983  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 155),
- Neugraben-Fischbek 56 vom 29. Juni 1983  
mit der Änderung vom 19. Februar 1996  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1983 Seite 159,  
1996 Seite 26),
- Ottensen 27 vom 29. Juni 1983  
mit der Änderung vom 9. April 1985  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1983 Seite 154,  
1985 Seite 108),
- Schnelsen 59 vom 29. Juni 1983  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 157),
- Schnelsen 67 vom 29. Juni 1983  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 150),
- Altona-Altstadt 11 vom 26. Januar 1984  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 21),
- Altona-Nord 12 vom 26. Januar 1984  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 22),
- Stellingen 52 vom 26. Januar 1984  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 23),
- Bramfeld 56 vom 8. März 1984  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 58),
- Langenbek 6/Rönneburg 21/Wilstorf 23 vom 12. März 1984  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 65),
- Bergedorf 61/Allermöhe 23/Billwerder 19 vom 5. Juni 1984  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 107),
- Bergstedt 9 vom 20. Juni 1984  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 114),
- Lohbrügge 75 vom 20. Juni 1984  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 116),
- Poppenbüttel 28 vom 27. Juni 1984  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 138),
- Hamm-Mitte 11 vom 12. September 1984  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 181),
- St. Georg 19 vom 10. Oktober 1984  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 208),
- Winterhude 8 vom 22. November 1984  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 236),
- Langenhorn 28 vom 23. Januar 1985  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 46),
- St. Pauli 31 vom 23. Januar 1985  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 45),
- Ottensen 37 vom 19. Februar 1985  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 65),
- Lurup 17 vom 2. April 1985  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 103),
- Lokstedt 43 vom 23. April 1985  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 110),
- Winterhude 18 vom 12. Juni 1985  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 139),
- Billstedt 80 vom 17. Juli 1985  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 179),

- Harburg 42 vom 17. Juli 1985  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 181),
- Ottensen 28 vom 17. Juli 1985  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 180),
- St. Pauli 30 vom 17. Juli 1985  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 178),
- Wilhelmsburg 70 vom 10. September 1985  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 263),
- Hammerbrook 7/Klostertor 8 vom 9. Oktober 1985  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 284),
- Sülldorf 7/Iserbrook 19 vom 9. Oktober 1985  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 285),
- Eidelstedt 53 vom 22. Oktober 1985  
mit der Änderung vom 12. November 1991  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1985 Seite 288,  
1991 Seite 356),
- Ottensen 30 vom 22. Oktober 1985  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 290),
- Tonndorf 20 vom 22. Oktober 1985  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 291),
- Lurup 44 vom 14. März 1986  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 58),
- Bergedorf 29 vom 25. April 1986  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 71),
- Bergedorf 71 vom 25. April 1986  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 72),
- Lurup 46 vom 25. April 1986  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 69),
- Wilhelmsburg 73 vom 25. April 1986  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 73),
- Lokstedt 5 vom 30. April 1986  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 75),
- Eimsbüttel 31/Rotherbaum 7 vom 6. Juni 1986  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 119),
- Harburg 49 vom 6. Juni 1986  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 124),
- Poppenbüttel 26 vom 6. Juni 1986  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 122),
- Harburg 44 vom 23. Juni 1986  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 152),
- Hausbruch 32/Heimfeld 39/Moorburg 5 vom 23. Juni 1986  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 154),
- Neugraben-Fischbek 58 vom 23. Juni 1986  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 155),
- Rahlstedt 84 vom 23. Juni 1986  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 149),
- Schnelsen 48 vom 23. Juni 1986  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 147),
- St. Pauli 24 vom 23. Juni 1986  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 145),
- Wilstorf 13/Rönneburg 22 vom 23. Juni 1986  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 153),
- Eimsbüttel 32 vom 8. Oktober 1986  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 320),
- Iserbrook 18 vom 8. Oktober 1986  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 319),
- Steilshoop 8 vom 8. Oktober 1986  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 321),
- Wilhelmsburg 46 vom 8. Oktober 1986  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 309),
- Bramfeld 55/Ohlsdorf 20 vom 10. Juni 1987  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 122),
- Niendorf 76 vom 10. Juni 1987  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 121),
- Sülldorf 9 vom 12. November 1987  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 203),
- Stellingen 7 vom 1. Dezember 1987  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 209),
- Neugraben-Fischbek 53 vom 19. Januar 1988  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 14),
- Blankenese 16 vom 11. Mai 1988  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 71),
- Blankenese 26 vom 11. Mai 1988  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 72),
- Alsterdorf 9 vom 29. Juni 1988  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 99),
- Bergedorf 73 vom 15. November 1988  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 223),
- Tonndorf 24 vom 15. November 1988  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 222),
- Kirchwerder 16 vom 17. November 1988  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 228),
- Osdorf 40 vom 17. November 1988  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 225),
- Wilhelmsburg 64 vom 17. November 1988  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 227),
- Heimfeld 40 vom 21. Dezember 1988  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 323),
- St. Georg 32 vom 21. Dezember 1988  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 321),
- Wandsbek 60 vom 21. Dezember 1988  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 322),
- Billstedt 87 vom 6. Februar 1989  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 19),
- Volksdorf 23 vom 6. Februar 1989  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 21),
- Iserbrook 20/Osdorf 18 vom 19. April 1989  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 63),
- Lurup 52 vom 19. April 1989  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 62),
- Wandsbek 56 vom 19. April 1989  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 64),
- Neuland 12 vom 30. Mai 1989  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 91),
- Volksdorf 13 vom 30. Mai 1989  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 89),
- Niendorf 70 vom 27. September 1989  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 194),

- Groß Flottbek 9 vom 14. November 1989  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 215),
- Heimfeld 41 vom 14. November 1989  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 217),
- Ohlsdorf 21 vom 14. November 1989  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 216),
- Harvestehude 9 vom 6. Dezember 1989  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 229),
- Altona-Altstadt 39 vom 22. Dezember 1989  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 302),
- Othmarschen 10 vom 6. Februar 1990  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 15),
- Neugraben-Fischbek 44 vom 27. Februar 1990  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 45),
- Altona-Nord 8 vom 13. September 1990  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 199),
- Osdorf 39 vom 13. September 1990  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 201),
- Ohlsdorf 23 vom 25. September 1990  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 215),
- Bergedorf 82 vom 14. November 1990  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 225),
- Hamburg-Altstadt 26 vom 4. Dezember 1990  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 237),
- Wilhelmsburg 32 vom 4. Dezember 1990  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 239),
- Bergedorf 84 vom 4. Februar 1991  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 41),
- Langenhorn 3 vom 4. Februar 1991  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 42),
- Schnelsen 76 vom 4. Februar 1991  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 39),
- Lurup 48 vom 5. März 1991  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 73),
- Langenhorn 62 vom 17. April 1991  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 125),
- Lemsahl-Mellingstedt 11 vom 17. April 1991  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 121),
- Neuland 15 vom 17. April 1991  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 123),
- Francop 5 vom 2. Mai 1991  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 203),
- Blankenese 29 vom 2. Juli 1991  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 245),
- Altona-Altstadt 43 vom 16. Dezember 1991  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 459),
- Schnelsen 75 vom 16. Dezember 1991  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 460),
- Langenhorn 63 vom 25. Februar 1992  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 33),
- Harburg 48 vom 9. Juni 1992  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 112),
- Barmbek-Nord 16 vom 22. September 1992  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 188),
- Rahlstedt 92 vom 15. Januar 1993  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 7),
- Rahlstedt 93 vom 15. Januar 1993  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 9),
- Rahlstedt 94 vom 15. Januar 1993  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 10),
- St. Pauli 34 vom 15. Februar 1993  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 47),
- Groß Borstel 14 vom 15. Februar 1993  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 49),
- Eißendorf 31 vom 14. April 1993  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 82),
- Lurup 57 vom 17. Januar 1994  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 8),
- Osdorf 44 vom 17. Januar 1994  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 9),
- Duvenstedt 12 vom 17. Januar 1994  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 10),
- Iserbrook 16/Sülldorf 15 vom 8. März 1994  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 65),
- Uhlenhorst 10 vom 8. März 1994  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 67),
- Bramfeld 57 vom 8. März 1994  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 69),
- Kirchwerder 18/Ochsenwerder 9 vom 8. März 1994  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 71),
- Bramfeld 59 vom 8. März 1994  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 70),
- Altona-Nord 16/Altona-Altstadt 45 vom 22. Juni 1994  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 184),
- Jenfeld 19 vom 22. Juni 1994  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 187),
- Wilhelmsburg 77 vom 20. Juli 1994  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 208),
- Ottensen 45 vom 20. Juli 1994  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 210),
- Barmbek-Süd 29 vom 7. Dezember 1994  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 356),
- St. Pauli 39/Neustadt 38 vom 7. Dezember 1994  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 357),
- Ottensen 35 vom 20. Februar 1995  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 27),
- Neugraben-Fischbek 59 vom 20. Februar 1995  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 29),
- Billbrook 3 vom 11. April 1995  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 82),
- Billstedt 98 vom 7. Juni 1995  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 124),
- Harburg 57 vom 7. Juni 1995  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 128),
- Fuhlsbüttel 19/Langenhorn 41 vom 27. September 1995  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 217),
- Neugraben-Fischbek 60 vom 27. September 1995  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 219),

St. Georg 34 vom 5. Dezember 1995  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 357),  
Horn 43 vom 23. Januar 1996  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 12),  
Farmesen-Berne 29/Tonndorf 28/Wandsbek 68  
vom 19. Februar 1996  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 24),  
Iserbrook 22 vom 20. Juni 1996  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 151),  
Barmbek-Nord 31 vom 20. Juni 1996  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 152),  
Barmbek-Nord 7/Barmbek-Süd 6 vom 20. Juni 1996  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 153),  
Lohbrügge 86 vom 20. Juni 1996  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 155),  
Niendorf 79 vom 1. Oktober 1996  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 249),  
Farmesen-Berne 30 vom 4. März 1997  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 33),  
Veddel 3 vom 16. April 1997  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 92),  
Volksdorf 33 vom 16. April 1997  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 94),  
Ohlsdorf 24 vom 16. April 1997  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 93),  
Billstedt 86/Horn 44 vom 16. April 1997  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 90)

wird jeweils § 4 wie folgt geändert:

1. Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Änderung, Ergänzung oder Aufhebung durch Rechtsverordnung des Senats kann nur erfolgen, wenn die örtlich zuständige Bezirksversammlung dem Verordnungsentwurf zugestimmt hat.“

2. Es werden folgende Sätze 3 und 4 angefügt:

„Der Senat kann die Ermächtigung nach Satz 1 für die Fälle auf die Bezirksamter übertragen, in denen die örtlich zuständigen Bezirksversammlungen den Verordnungsentwürfen zugestimmt haben. Die Vorschriften des Gesetzes über die Feststellung von Bauleitplänen und ihre Sicherung (Bauleitplanfeststellungsgesetz) in der Fassung vom 4. April 1978 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 89), zuletzt geändert am 4. November 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 489, 492), und des Hamburgischen Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Hamburgisches Naturschutzgesetz) vom 2. Juli 1981 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 167), zuletzt geändert am 4. November 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 489, 493), finden Anwendung.“

#### Artikel 5

In den Gesetzen über die Bebauungspläne

Rahlstedt 85 vom 19. Mai 1982  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 129),  
Hamburg-Altstadt 24 vom 28. Oktober 1982  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 358),

Niendorf 74 vom 10. Mai 1983  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 96),  
Niendorf 47 vom 24. Mai 1983  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 102),  
Poppenbüttel 31 vom 8. März 1984  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 59),  
Eilbek 10 vom 20. Juni 1984  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 113),  
St. Georg 26 vom 27. Juni 1984  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 136),  
Neustadt 35 vom 12. September 1984  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 179),  
St. Georg 30 vom 23. April 1985  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 109),  
Jenfeld 18 vom 25. April 1986  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 70),  
Neustadt 34 vom 22. Mai 1986  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 100),  
Bramfeld 51 vom 6. Juni 1986  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 121),  
Bergedorf 68 vom 23. Juni 1986  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 150),  
Neustadt 32 vom 25. April 1988  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 47),  
Kirchwerder 12 vom 14. September 1988  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 182),  
Rissen 40 vom 6. Dezember 1988  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 240),  
Rotherbaum 25 vom 27. September 1989  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 193),  
Schnelsen 14 vom 17. April 1991  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 120),  
Billstedt 88 vom 2. Mai 1991  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 204),  
Poppenbüttel 32 vom 2. Mai 1991  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 206),  
Neuland 11 vom 20. Januar 1992  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 7),  
Allermöhe 25/Billwerder 21/Bergedorf 87 vom 9. Juni 1992  
mit der Änderung vom 23. April 1996  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1992 Seite 110,  
1996 Seite 57),  
Hamburg-Altstadt 31 vom 9. Juni 1992  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 108),  
Neugraben-Fischbek 61 vom 9. Juni 1992  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 113),  
Blankenese 6 vom 6. Oktober 1992  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 207),  
Wilhelmsburg 72 vom 17. Januar 1994  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 11),  
St. Pauli 35 vom 8. März 1994  
mit der Änderung vom 11. April 1995  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1994 Seite 61,  
1995 Seite 83),

Lokstedt 45 vom 8. März 1994  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 66),  
Schnelsen 33 vom 22. Juni 1994  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 185),  
Wilhelmsburg 71 vom 20. Juli 1994  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 206),  
Lohbrügge 84 vom 20. Juli 1994  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 211),  
Wilhelmsburg 18 vom 15. November 1994  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 285),  
Rahlstedt 107 vom 7. Juni 1995  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 126),  
Billstedt 92 vom 5. Dezember 1995  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 358),  
Rahlstedt 105 vom 5. Dezember 1995  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 359),  
Marienthal 22 vom 23. April 1996  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 56),  
Volksdorf 34/Rahlstedt 113 vom 18. Oktober 1996  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 252),  
Billstedt 90 vom 4. März 1997  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 30),  
Neugraben-Fischbek 15 vom 28. Mai 1997  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 150)

wird jeweils § 5 wie folgt geändert:

1. Satz 2 erhält folgende Fassung:  
„Die Änderung, Ergänzung oder Aufhebung durch Rechtsverordnung des Senats kann nur erfolgen, wenn die örtlich zuständige Bezirksversammlung dem Verordnungsentwurf zugestimmt hat.“
2. Es werden folgende Sätze 3 und 4 angefügt:  
„Der Senat kann die Ermächtigung nach Satz 1 für die Fälle auf die Bezirksämter übertragen, in denen die örtlich zuständigen Bezirksversammlungen den Verordnungsentwürfen zugestimmt haben. Die Vorschriften des Gesetzes über die Feststellung von Bauleitplänen und ihre Sicherung (Bauleitplanfeststellungsgesetz) in der Fassung vom 4. April 1978 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 89), zuletzt geändert am 4. November 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 489, 492), und des Hamburgischen Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Hamburgisches Naturschutzgesetz) vom 2. Juli 1981 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 167), zuletzt geändert am 4. November 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 489, 493), finden Anwendung.“

#### Artikel 6

In dem Gesetz über den Bebauungsplan

Altona-Altstadt 35 vom 8. März 1994  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 62)

wird § 6 wie folgt geändert:

1. Satz 2 erhält folgende Fassung:  
„Die Änderung, Ergänzung oder Aufhebung durch Rechtsverordnung des Senats kann nur erfolgen, wenn die örtlich zuständige Bezirksversammlung dem Verordnungsentwurf zugestimmt hat.“

2. Es werden folgende Sätze 3 und 4 angefügt:

„Der Senat kann die Ermächtigung nach Satz 1 für die Fälle auf die Bezirksämter übertragen, in denen die örtlich zuständigen Bezirksversammlungen den Verordnungsentwürfen zugestimmt haben. Die Vorschriften des Gesetzes über die Feststellung von Bauleitplänen und ihre Sicherung (Bauleitplanfeststellungsgesetz) in der Fassung vom 4. April 1978 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 89), zuletzt geändert am 4. November 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 489, 492), und des Hamburgischen Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Hamburgisches Naturschutzgesetz) vom 2. Juli 1981 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 167), zuletzt geändert am 4. November 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 489, 493), finden Anwendung.“

#### Artikel 7

In den Gesetzen über die Grünordnungspläne

Langenhorn 29 vom 21. April 1983  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 79),  
Rissen 38 vom 1. Dezember 1983  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 272),  
Neugraben-Fischbek 58 vom 23. September 1986  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 290),  
Kirchwerder 16 vom 17. November 1988  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 230),  
Neugraben-Fischbek 44 vom 27. Februar 1990  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 47),  
Schnelsen 14 vom 2. Mai 1991  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 207),  
Francop 5 vom 2. Mai 1991  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 208),  
Wilhelmsburg 72 vom 17. Januar 1994  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 13),  
Langenhorn 63 vom 8. März 1994  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 73),  
Bramfeld 57 vom 8. März 1994  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 74),  
Wilhelmsburg 71 vom 20. Juli 1994  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 207),  
Billstedt 88 vom 20. Juli 1994  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 209),  
Billstedt 92 vom 5. Dezember 1995  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 361)  
Farmen-Berne 29/Tonndorf 28/Wandsbek 68  
vom 19. Februar 1996  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 26),  
Neugraben-Fischbek 15 vom 28. Mai 1997  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 153)

wird jeweils § 3 wie folgt geändert:

1. Satz 2 erhält folgende Fassung:  
„Die Änderung, Ergänzung oder Aufhebung durch Rechtsverordnung des Senats kann nur erfolgen, wenn die örtlich zuständige Bezirksversammlung dem Verordnungsentwurf zugestimmt hat.“

## 2. Es werden folgende Sätze 3 und 4 angefügt:

„Der Senat kann die Ermächtigung nach Satz 1 für die Fälle auf die Bezirksämter übertragen, in denen die örtlich zuständigen Bezirksversammlungen den Verordnungsentwürfen zugestimmt haben. Die Vorschriften des Gesetzes über die Feststellung von Bauleitplänen und ihre Sicherung (Bauleitplanfeststellungsgesetz) in der Fassung vom 4. April 1978 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 89), zuletzt geändert am 4. November 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 489, 492), und des Hamburgischen Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Hamburgisches Naturschutzgesetz) vom 2. Juli 1981 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 167), zuletzt geändert am 4. November 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 489, 493), finden Anwendung.“

## Artikel 8

In dem Gesetz über den Grünordnungsplan

Billstedt 90 vom 4. März 1997

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 31)

wird § 4 wie folgt geändert:

## 1. Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Änderung, Ergänzung oder Aufhebung durch Rechtsverordnung des Senats kann nur erfolgen, wenn die örtlich zuständige Bezirksversammlung dem Verordnungsentwurf zugestimmt hat.“

## 2. Es werden folgende Sätze 3 und 4 angefügt:

„Der Senat kann die Ermächtigung nach Satz 1 für die Fälle auf die Bezirksämter übertragen, in denen die örtlich zuständigen Bezirksversammlungen den Verordnungsentwürfen zugestimmt haben. Die Vorschriften des Gesetzes über die Feststellung von Bauleitplänen und ihre Sicherung (Bauleitplanfeststellungsgesetz) in der Fassung vom 4. April 1978 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 89), zuletzt geändert am 4. November 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 489, 492), und des Hamburgischen Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Hamburgisches Naturschutzgesetz) vom 2. Juli 1981 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 167), zuletzt geändert am 4. November 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 489, 493), finden Anwendung.“

## Artikel 9

In den Gesetzen über die Durchführungspläne

— Bezirk Hamburg-Mitte —

D 279 vom 27. Mai 1957

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 311),

D 14 vom 8. Juli 1957

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 366),

D 350 vom 8. Juli 1957

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 367),

D 226 vom 1. Oktober 1957

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 451),

D 116 A vom 17. Februar 1958

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 33),

D 345 vom 5. März 1958

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 56),

D 347 vom 5. März 1958

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 57),

D 159 vom 31. März 1958

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 90),

D 344 vom 31. März 1958

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 92),

D 397 vom 22. September 1958

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 352),

D 218 vom 21. Oktober 1958

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 369),

D 343 vom 21. Oktober 1958

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 370),

D 58 vom 3. Dezember 1958

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 400),

D 346 vom 3. Dezember 1958

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 404),

D 160 vom 16. November 1959

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 181),

D 162 A vom 9. Mai 1960

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 320),

D 110 A vom 14. Oktober 1960

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 430),

D 155 vom 9. Dezember 1960

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 458),

D 164 vom 19. Mai 1961

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 167),

D 267 vom 19. Juni 1961

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 218),

D 349 vom 19. Juni 1961

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 219)

— Bezirk Altona —

D 32 A vom 1. Oktober 1957

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 447),

D 40 A vom 1. Oktober 1957

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 448),

D 328 vom 1. Oktober 1957

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 452),

D 334 vom 1. Oktober 1957

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 453),

D 324 vom 17. Februar 1958

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 35),

D 205 vom 5. März 1958

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 53),

D 322 vom 5. März 1958

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 54),

D 323 vom 5. März 1958

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 55),

D 330 vom 5. März 1958

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 55),

D 376 vom 5. März 1958

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 57),

D 331 vom 31. März 1958

(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 91),

D 332 Altona-Altstadt vom 31. März 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 91),  
D 325 vom 21. Mai 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 168),  
D 354 vom 21. Mai 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 168),  
D 192 vom 9. Juli 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 236),  
D 335 vom 22. September 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 350),  
D 98 A vom 21. Oktober 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 368),  
D 204 vom 21. Oktober 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 368),  
D 212 vom 21. Oktober 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 369),  
D 210 vom 3. Dezember 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 403),  
D 329 vom 3. Dezember 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 404),  
D 390 vom 26. Februar 1959  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 27),  
D 94 vom 18. Juni 1959  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 85),  
D 333 vom 16. November 1959  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 182),  
D 377 vom 30. November 1959  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 191),  
D 402 vom 9. Dezember 1960  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 459),  
D 391 B vom 19. Juni 1961  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 219)

— Bezirke Altona und Hamburg-Mitte —

D 216 vom 22. September 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 349)

— Bezirke Altona und Eimsbüttel —

D 146 vom 19. Mai 1959  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 71)

— Bezirk Eimsbüttel —

D 37 A vom 1. Oktober 1957  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 448),  
D 247/52 vom 17. Februar 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 34),  
D 283 vom 17. Februar 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 34),  
D 340 vom 17. Februar 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 35),  
D 401 vom 17. Februar 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 36),  
D 19 A vom 9. Juli 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 235),  
D 236 vom 9. Juli 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 236),

D 4 A vom 22. September 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 347),  
D 237 vom 22. September 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 349),  
D 449 vom 2. Dezember 1960  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 455),  
D 177 vom 24. Februar 1961  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 37),  
D 293 vom 10. Mai 1961  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 157)

— Bezirk Hamburg-Nord —

D 79 vom 27. Mai 1957  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 313),  
D 169 A vom 24. Juni 1957  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 355),  
D 200 vom 24. Juni 1957  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 356),  
D 284 vom 24. Juni 1957  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 356),  
D 183 vom 8. Juli 1957  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 368),  
D 74 vom 1. Oktober 1957  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 449),  
D 80 vom 1. Oktober 1957  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 449),  
D 107 vom 1. Oktober 1957  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 450),  
D 288 vom 1. Oktober 1957  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 452),  
D 352 vom 1. Oktober 1957  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 453),  
D 392 vom 1. Oktober 1957  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 454),  
D 190 vom 17. Februar 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 33),  
D 353 vom 17. Februar 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 36),  
D 102 vom 21. Mai 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 167),  
D 273 vom 21. Mai 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 167),  
D 393 vom 9. Juli 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 238),  
D 72 vom 22. September 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 348),  
D 77 vom 3. Dezember 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 401),  
D 395 vom 19. Mai 1959  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 75),  
D 396 vom 19. Mai 1959  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 75),  
D 411 vom 19. Mai 1959  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 76),

D 254 vom 29. März 1960  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 299),

D 304 vom 9. Mai 1960  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 321),

D 533 vom 28. Oktober 1960  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 437),

D 179 vom 27. Januar 1961  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 20),

D 84 A vom 4. April 1961  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 133),

D 135 vom 4. April 1961  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 134),

D 100 vom 19. Juni 1961  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 218),

D 198 vom 19. Juni 1961  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 218)

— Bezirk Wandsbek —

D 303 vom 27. Mai 1957  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 313),

D 384 vom 1. Oktober 1957  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 454),

D 405 vom 22. September 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 352),

D 81 A vom 16. November 1959  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 180),

D 424 vom 16. November 1959  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 183),

D 417 vom 30. November 1959  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 192),

D 414 vom 19. Februar 1960  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 96),

D 416 vom 19. Februar 1960  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 96),

D 420 vom 19. Februar 1960  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 97),

D 435 vom 19. Februar 1960  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 103),

D 413 vom 29. März 1960  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 299),

D 425 vom 29. März 1960  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 300),

D 419 vom 9. Mai 1960  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 321),

D 490 vom 9. Mai 1960  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 322),

D 438 vom 20. Juni 1960  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 359),

D 103 vom 5. Juli 1960  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 372),

D 408 vom 28. Oktober 1960  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 436),

D 230 vom 2. Dezember 1960  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 454),

D 415 vom 2. Dezember 1960  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 455),

D 437 vom 27. Januar 1961  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 21),

D 428 vom 24. Februar 1961  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 38),

D 153 A vom 4. April 1961  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 134),

D 418 vom 4. April 1961  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 135),

D 495 vom 4. April 1961  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 136),

D 496 vom 4. April 1961  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 136),

D 493 vom 19. Mai 1961  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 167),

D 534 vom 19. Mai 1961  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 168),

D 430 vom 19. Juni 1961  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 219),

D 436 vom 19. Juni 1961  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 220)

— Bezirke Wandsbek und Hamburg-Nord —

D 400 vom 16. November 1959  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 183),

D 418 vom 4. April 1961  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 135)

— Bezirk Harburg —

D 450 vom 28. Oktober 1960  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 436),

D 451 vom 28. Oktober 1960  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 436),

D 455 vom 27. Januar 1961  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 21)

wird jeweils § 3 wie folgt geändert:

1. Satz 2 erhält folgende Fassung:  
„Die Änderung, Ergänzung oder Aufhebung durch Rechtsverordnung des Senats kann nur erfolgen, wenn die örtlich zuständige Bezirksversammlung dem Verordnungsentwurf zugestimmt hat.“
2. Es werden folgende Sätze 3 und 4 angefügt:  
„Der Senat kann die Ermächtigung nach Satz 1 für die Fälle auf die Bezirksamter übertragen, in denen die örtlich zuständigen Bezirksversammlungen den Verordnungsentwürfen zugestimmt haben. Die Vorschriften des Gesetzes über die Feststellung von Bauleitplänen und ihre Sicherung (Bauleitplanfeststellungsgesetz) in der Fassung vom 4. April 1978 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 89), zuletzt geändert am 4. November 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 489, 492), und des Hamburgischen Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Hamburgisches Naturschutzgesetz) vom 2. Juli 1981 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 167), zuletzt geändert am 4. November 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 489, 493), finden Anwendung.“

## Artikel 10

In den Gesetzen über die Durchführungspläne

— Bezirk Hamburg-Mitte —

D 62 A vom 8. Juli 1957  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 366),

D 412 vom 21. Oktober 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 370),

D 83 B vom 10. Juli 1959  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 109),

D 83 C vom 9. Mai 1960  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 319)

— Bezirk Altona —

D 5 A vom 17. Februar 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 31),

D 106 A vom 29. März 1960  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 297)

— Bezirk Eimsbüttel —

D 65 A vom 27. Mai 1957  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 312),

D 238 A vom 22. September 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 350),

D 380 vom 22. September 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 351),

D 221 vom 9. Mai 1960  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 320)

— Bezirk Wandsbek —

D 8 A vom 27. Mai 1957  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 314),

D 423 vom 5. Juli 1960  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 372),

D 421 vom 4. April 1961  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 135)

wird jeweils § 4 wie folgt geändert:

1. Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Änderung, Ergänzung oder Aufhebung durch Rechtsverordnung des Senats kann nur erfolgen, wenn die örtlich zuständige Bezirksversammlung dem Verordnungsentwurf zugestimmt hat.“

2. Es werden folgende Sätze 3 und 4 angefügt:

„Der Senat kann die Ermächtigung nach Satz 1 für die Fälle auf die Bezirksämter übertragen, in denen die örtlich zuständigen Bezirksversammlungen den Verordnungsentwürfen zugestimmt haben. Die Vorschriften des Gesetzes über die Feststellung von Bauleitplänen und ihre Sicherung (Bauleitplanfeststellungsgesetz) in der Fassung vom 4. April 1978 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 89), zuletzt geändert am 4. November 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 489, 492), und des Hamburgischen Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Hamburgisches Naturschutzgesetz) vom 2. Juli 1981 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 167), zuletzt geändert am 4. November 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 489, 493), finden Anwendung.“

## Artikel 11

In den Gesetzen über die Durchführungspläne

— Bezirk Hamburg-Mitte —

D 121 A vom 3. Dezember 1958  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 401),

D 51 B vom 19. Juni 1961  
(Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 217)

wird jeweils § 5 wie folgt geändert:

1. Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Änderung, Ergänzung oder Aufhebung durch Rechtsverordnung des Senats kann nur erfolgen, wenn die örtlich zuständige Bezirksversammlung dem Verordnungsentwurf zugestimmt hat.“

2. Es werden folgende Sätze 3 und 4 angefügt:

„Der Senat kann die Ermächtigung nach Satz 1 für die Fälle auf die Bezirksämter übertragen, in denen die örtlich zuständigen Bezirksversammlungen den Verordnungsentwürfen zugestimmt haben. Die Vorschriften des Gesetzes über die Feststellung von Bauleitplänen und ihre Sicherung (Bauleitplanfeststellungsgesetz) in der Fassung vom 4. April 1978 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 89), zuletzt geändert am 4. November 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 489, 492), und des Hamburgischen Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Hamburgisches Naturschutzgesetz) vom 2. Juli 1981 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 167), zuletzt geändert am 4. November 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 489, 493), finden Anwendung.“

Ausgefertigt Hamburg, den 4. November 1997.

**Der Senat**

### **Berichtigung**

In Nummer 16.1.1 des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Jagdgesetzes vom 27. August 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 439) wird in Nummer 1 das Wort „Wild“ durch das Wort „Wildkaninchen“ ersetzt.

Hamburg, den 22. Oktober 1997.

**Die Senatskanzlei**

